

Die Chancen der Demokraten: Wer baut die Obama-Koalition?

Von Michael Tomasky

Wer sich fragt, wie die Demokraten im November 2020 Donald Trump schlagen können, kommt um eine Frage nicht herum: Warum ging die Wahl 2016 verloren? War es Hillary Clintons Schuld, dass sie in scheinbar verlässlich demokratisch wählenden Staaten die Mehrheit verfehlte – weil sie zu wenig über ökonomische Fragen sprach? Weil sie potentielle Trump-Wähler als „beklagenswert“ herabsetzte? Oder wegen der Kontroverse um ihre E-Mails? Das ist die gängige Erklärung im liberal-linken Lager – das und jene in St. Petersburg fabrizierten Facebook-Bots, die viele Schwarze und Jungwähler davon überzeugten, Hillary sei ihre Feindin.

Clinton hatte ihre Schwächen, von denen einige zweifellos selbst verschuldet waren, andere jedoch von einer Rechten erfunden und vermarktet, der sie seit einem Vierteljahrhundert als Feindbild dient. Aber wenn ich mir das derzeitige Bewerberfeld der Demokraten anschau, werde ich einen Verdacht nicht los: Beim Einsturz dessen, was man nach der Parteifarbe der Demokraten als die „blaue Brandmauer“ zu bezeichnen pflegte, könnte ein weiterer Faktor im Spiel sein. Was, wenn es in Wahrheit kaum zu schaffen gewesen wäre, die sogenannte Obama-Koalition zusammenzuhalten? Besteht diese doch, dem Wahldemographen Ruy Teixeira vom *Center for American Progress* zufolge, „nach allgemeinem Verständnis nicht bloß aus Nichtweißen, Jungwählern, unverheirateten und hochqualifizierten Frauen, Freiberuflern, Großstädtern...“, sondern in wahlentscheidenden *Swing States* auch zu etwa 40 Prozent aus Weißen ohne Hochschulbildung“!

Was, wenn es eines Kandidaten mit der – in der Politik ziemlich seltenen – Fähigkeit bedurft hätte, viele ganz unterschiedliche Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen? Und hätte es nicht – angesichts der großen Finanzkrise 2008/2009 und ihrer Folgewirkungen – zudem einer gehörigen Dosis Glück bedurft, um all diese Wählerblöcke in hinreichend großen Zahlen mobilisieren und zusammenhalten zu können? Was, wenn – von alledem abgesehen – die beiden vorherigen demokratischen Präsidenten ganz einfach außerordentlich begabte und charismatische Politiker waren? Männer, denen es durch hochdisziplinierte Wahlkampagnen gelungen war, sowohl die Begünstigung „roter“, also republikanischer Staaten durch das Wahl-

* Dieser Beitrag erschien erstmals unter dem Titel „A Dem for All Seasons?“ in der „New York Review of Books“, 19/2019. Die Übersetzung stammt von Karl D. Bredthauer.

männnergremium als auch das Handicap zu überwinden, dass es – was wir nie aus den Augen verlieren sollten – in diesem Land weitaus mehr Menschen gibt, die sich als Konservative verstehen denn als entschiedene „liberals“ – als Linksliberale und Linke?¹

Gut möglich, dass die Amerikaner bis zum November 2020 über Trumps korrupte und skrupellose Aktivitäten im Weißen Haus hinreichend Bescheid wissen, um mehrheitlich für seinen Kontrahenten zu stimmen, wer immer dies auch sein mag. Aber angenommen, dass Trump dann immer noch amtiert, wird es vor allem um die Frage gehen, ob unter den demokratischen Kandidaten irgendwer ist, der die Obama-Koalition wiederherstellen kann. Alle haben ihre Stärken und Begabungen – aber jede und jeder von ihnen tut sich mit Kernelementen dieser Aufgabe schwer. Schließlich ist damit zu rechnen, dass der Amtsinhaber eine milliardenschwere Wahlschlacht führen wird, gestützt auf die Grand Old Party, auf das Geld von Multimilliardären aus dunklen Kanälen, Fox News, ein sogenanntes Justizministerium und den Kreml, der Trumps Gegenkandidaten als radikal und korrupt gleichermaßen anschwärzen wird – unter tätiger Mithilfe von Facebook, das bereits angekündigt hat, den Wahrheitsgehalt politischer Werbung, die es verbreitet, nicht überprüfen zu wollen.

Elizabeth Warren: Gegen die bösertige Form des Kapitalismus

Bis jetzt findet vor allem der Aufstieg Elizabeth Warrens im Vorwahlkampf Beachtung. Als sie sich 2012 dazu hatte bewegen lassen, für einen Senatssitz zu kandidieren, zeigte Warren sich noch zögerlich und ein wenig unsicher, zog aber dann tatsächlich als erste Frau in den Senat von Massachusetts ein. Seither hat sie sich gewandelt. Sie ist smart, wirkt energisch und argumentiert auf den Punkt. Als ihre besondere Stärke erwies sich in meinen Augen die Schlagfertigkeit, mit der sie Ende Juli auf John Delaney, einen moderaten Ex-Kongressabgeordneten, reagierte: „Wir Demokraten gewinnen Wahlen“, hielt Delaney ihr vor, „wenn wir realistische Lösungen propagieren, aber nicht mit uneinlösbaren Versprechungen. Wenn wir Dinge vorschlagen, die machbar sind, und keine Märchenbuch-Ökonomie.“ Warrens Antwort kam prompt: „Ich begreife nicht, warum irgendwer sich die Mühe macht, Präsident der Vereinigten Staaten werden zu wollen, um dann nur darüber zu reden, was wir alles nicht machen können und nicht erstreben sollten.“

Ihre zahlreichen Pläne etwa zur Regulierung des Finanzsektors, zum Aufbrechen von Tech-Monopolen und anderen Themen haben ihr viel mediale Aufmerksamkeit verschafft, und an der demokratischen Basis kommen sie

1 In der Gallup-Survey von 2018 über die ideologischen Neigungen der erwachsenen Amerikaner bezeichneten sich 35 Prozent als konservativ, 35 Prozent als „gemäßigt“ [moderate] und 26 Prozent als „liberal“, also eher links. Im Vergleich mit Bill Clintons Zeiten ist das durchaus ein Fortschritt. Die entsprechenden Prozentzahlen verhielten sich damals wie 43 : 36 : 17. Aber bei ungefähr 250 Millionen Erwachsenen sind das immer noch etwa zwei Millionen mehr „conservatives“ (und „moderates“) als „liberals“. Vgl. Lydia Saad, US Still Leans Conservative, But Liberals Keep Recent Gains. Gallup, 8.1.2019.

gut an. Was aber viele Menschen an Warren besonders schätzen, ist, dass ihrem Auftreten die übliche Übervorsicht der Demokraten gänzlich abgeht. Dabei bemühen diese sich doch seit über dreißig Jahren darum, nicht zu sehr dies oder jenes zu sein: zu liberal, zu offensiv, zu wütend über die – um einen berühmten Ausspruch Teddy Roosevelts zu zitieren – „malefactors of great wealth“, die Missetäter oder Missetaten des großen Geldes also. Warren hat in dieser Hinsicht keine Hemmungen: Diese bösertige Form des Kapitalismus, mit der wir seit vierzig Jahren leben, beschreibt und verurteilt sie ohne Wenn und Aber. Bernie Sanders tut das auch, gewiss, aber während Sanders gewöhnlich belehrend wirkt – und im Grunde keine andere emotionale Gangart zu kennen scheint –, kommt Warren eher als jemand an, der es genießt, die Klagen zu kreuzen.

Bernie Sanders: Ein Anti-Establishment-Kandidat unter vielen

Warren hat Sanders ein gutes Stück weit die Show gestohlen, aber mit ihm ist durchaus weiter zu rechnen. Seine Herzattacke Anfang Oktober veranlasste die Bernie-Getreuen eher, sich enger um ihn zu scharen. Worte wie „Herzattacke“ sorgen für schreckenerregende Schlagzeilen und haben einige Beobachter verleitet, Sanders schon abzuschreiben. Doch fühlt – wie Zeitungsberichte alsbald erläuterten – ein Patient, dem zwei Stents in die Pulmonalarterie eingesetzt werden, sich oft fast unmittelbar danach besser.² Schon nach wenigen Tagen entlassen, glänzte Sanders alsbald mit seinem – wie es allgemein heißt – bislang besten Debattenbeitrag im TV-Duell der demokratischen Bewerber. Gleich darauf, am 19. Oktober begeisterte er in Queens/New York auf einer Großkundgebung 26 000 Zuhörer, und die profilierte Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez stellte sich dort in aller Form hinter seine Kandidatur.

Nichtsdestotrotz scheint Sanders' Wahlkampagne unter der Tatsache zu leiden, dass Wählerinnen und Wähler auf der Suche nach einem Anti-Establishment-Kandidaten diesmal mehr Auswahl haben als 2016. Während die meisten Kommentatoren betonen, worin Sanders und Warren übereinstimmen, finde ich die Unterschiede bemerkenswerter: Er ist ein unabhängiger Sozialist, der sich, auch wenn er als Kandidat der Demokratischen Partei nominiert werden will, selbst nicht als Demokraten bezeichnen wird (worauf viele Parteifunktionäre auch gewiss nicht erpicht sind). Sie hingegen ist Mitglied und deklariert sich selbst kokett als „kapitalistisch bis auf die Knochen“. Und während sie die linke Flanke der Demokraten in Stimmung bringt, stellt sie zugleich unauffällig klar, dass sie sich an die Spielregeln des Parteiestablishments zu halten gedenkt. Er hingegen bemüht sich lautstark, dieses aufzumischen. Im Augenblick sind Warren und Sanders verbündet, aber in irgendeinem Stadium des Wahlkampfes wird es im Interesse der einen oder des anderen liegen, den Pakt zu brechen.

2 Vgl. beispielsweise Nicoletta Lanese, Bernie Sanders Had Two Stents Put In. Is It Serious?, in: „Live Science“, 2.10.2019.

Wenn es für Präsidentschaftswahlkämpfe eine Regel gibt, die keine Parteigrenzen kennt und die Jahrzehnte überdauert, dann die, dass Kampagnen enden, sobald ihnen das Geld ausgeht. Sanders, der dank seiner Kleinspenden-Fischzüge noch den letzten *quarter*, die letzte Vierteldollarmünze, erfasst, wird genug Geld haben, um bis zum Schluss im Kandidatenrennen zu bleiben. Manche raten ihm zwar, zugunsten Warrens zu verzichten. Aus seiner Sicht gibt es jedoch, auch wenn er selbst nicht gewinnen sollte, keinen Grund, frühzeitig auszuschneiden – vorausgesetzt, er kann genug Delegierte hinter sich bringen. Schließlich bedeuten Delegierte Einfluss auf die Entscheidung des Wahlkonvents darüber, wer letztlich nominiert wird.

Joe Biden: Der »wählbarste« Kandidat?

Neben Warren und Sanders wäre da Joe Biden. Der Papierform nach ist er wahrscheinlich immer noch der „wählbarste“ Kandidat – der Mann, der theoretisch am ehesten die nächstliegende und ausschlaggebende Aufgabe bewältigen könnte, nämlich die Staaten im Bereich der Großen Seen, die 2016 von Obama zu Trump wechselten, zurückzugewinnen. Biden ist der klare Favorit der Demokraten ohne Hochschulbildung, und diese machen (der Pew Typology Survey von 2017 zufolge) zwei Drittel der Parteimitgliedschaft aus. Warren hingegen kommt bei all ihrem Populismus vor allem unter Demokraten mit Hochschulbildung (18 Prozent der Parteimitglieder laut Pew) gut an, ganz besonders bei den Graduierten (15 Prozent).³ Auch schwarze Wählerinnen und Wähler, auf deren möglichst hohe Wahlbeteiligung der demokratische Kandidat besonders angewiesen ist, bevorzugen dagegen entschieden Biden. Bei jüngeren Wählern wiederum ist dieser äußerst unbeliebt, was ihm schwer zu schaffen macht. Andererseits liegt er bei älteren Wählern weit vorn, und die finden zwar weniger mediale Aufmerksamkeit, gehen aber in weit stärkerem Maße zur Wahl.

Soweit Bidens Form auf dem Papier. In der Realität hingegen sieht er bisher nicht wie der Kandidat aus, der die enormen Herausforderungen erst des Wahlkampfes und dann der Amtsführung als Präsident meistern könnte. Manche seiner öffentlichen Auftritte gingen erschreckend daneben. Dabei war er durchaus nicht immer so. In der Auseinandersetzung mit Sarah Palin (2008) und mit Paul Ryan (2012) argumentierte er eingängig, selbstsicher und flüssig – ganz anders als der Biden, denn wir heute erleben: ein Mann, dessen Gesichtsausdruck manchmal verrät, wie schwer es ihm fällt, seinem Hirn die richtigen Worte abzurufen. Einer, der mitten im Satz stecken bleibt, um dann fieberhaft in eine andere Richtung davonzupreschen. Trotzdem hat er

3 Meine Einschätzung der Wählerpräferenzen basiert auf dem laufenden Online-Feature des „Economist“ „Who Is Ahead in the Democratic Primary Race?“, dessen Daten von YouGov, dem von der Zeitschrift beauftragten Meinungsforschungsinstitut, und aus weiteren Quellen stammen. Die folgenden Zahlenangaben sind vom 6.11.2019. Biden lag demnach beispielsweise unter Menschen, deren Qualifikation einen Oberschulabschluss nicht übersteigt, mit 31 Prozent vor Warren (19) und Sanders (15). Unter schwarzen Wählern führte Biden mit 42 : 14 : 12. 65jährige und ältere Wähler bevorzugten Biden gegenüber Warren im Verhältnis 40 zu 24.

im Großen und Ganzen bislang nicht so stark an Rückhalt verloren, wie man hätte erwarten können.

Viel wird vom Vorwahlauftakt in Iowa abhängen. Ein hoher Prozentsatz der Demokraten dort ist immer noch unentschieden, die Dinge könnten sich also noch ändern, aber die Zeit für kühne Gesten läuft ab. Nach der landesweit übertragenen TV-Debatte am 20. November in Atlanta werden die *Iowa Teamsters* – die Transportarbeitergewerkschaft, die in der Politik der Demokratischen Partei Iowas stets eine wichtige Rolle spielt – Anfang Dezember gemeinsam mit der *American Federation of State, County and Municipal Employees* – der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten – und der Lehrer-gewerkschaft ein Kandidatenforum veranstalten.

Und am Montag, dem 3. Februar 2020, findet mit dem Iowa Caucus die erste Vorwahl statt. Wie es zurzeit aussieht, sagt Jeff Link, ein erfahrener Insider der Iowa-Demokraten, könnte Warren dort verlieren. Zwar hat sie in diesem Staat früher als andere ein starkes Team zusammengebracht, aber auch Biden, Sanders und Pete Buttigieg sind mit starken Wahlkampfteams präsent. Link rät, Amy Klobuchar aus Minnesota als mögliche Überraschungssiegerin im Auge zu behalten. „Unterschätze niemals eine Senatorin aus der Nachbarschaft“, sagte er mir. Seit Jahren hat sie Iowa immer wieder besucht.

Den Namen Klobuchar höre ich, seit die Wahlen näher rücken, häufiger. Das ist leicht zu erklären: Bei den Demokraten machen sich eine Menge Insider – schwer zu sagen, wie viele genau und ob es sich um eine Mehrheit handelt – mit Blick auf die derzeitigen Spitzenreiter Sorgen. Im Falle Bidens aus den erwähnten Gründen. Seine Großspender werden langsam nervös, munkelt man, und halten nach einer Alternative jenseits von Warren vs. Sanders Ausschau. Warren beunruhigt viele von ihnen, weil sie als viel zu links gilt, um eine amerikaweite Wahl gewinnen zu können.

An »Medicare for All« scheiden sich die Geister

Dabei geht es vor allem um das Projekt *Medicare for All* (M4A) – insbesondere um Warrens Forderung, private Krankenversicherungen ganz abzuschaffen. Dem *Census Bureau* – Amerikas statistischem Bundesamt – zufolge betreffe das zwei Drittel der US-Bürger. Am 1. November veröffentlichte Warren ihren lang erwarteten Reformplan, in dem sie detailliert ausführt, wie sie ihr gesundheitspolitisches Programm zu finanzieren gedenkt, ohne dabei die Mittelschicht stärker zu besteuern.

Dieser Schachzug ermöglicht es ihr, Sanders auszustechen. Der hat nämlich zugegeben, dass sein Plan Steuererhöhungen für Angehörige der Mittelschicht impliziert, wird andererseits aber nicht müde zu behaupten, die „überwältigende Mehrheit“ der Menschen aus Arbeiterklasse und Mittelschicht werde bei seiner steuerfinanzierten Version letztlich finanziell weniger belastet als durch die Versicherungsprämien, Selbstbehalte und Zuzahlungen, die sie im bestehenden System aufbringen muss. Dies könnte die Klippe sein, an der die Allianz zwischen Sanders und Warren zerschellt – es

wird interessant sein zu sehen, ob Sanders beschließt, Warrens Plan als unrealistisch abzutun.

Warrens Vorschlag sieht vor, dass die Kosten hauptsächlich von den Unternehmen getragen werden, deren Auslandsgewinne wieder zu 35 Prozent besteuert würden; ferner vom obersten einen Prozent der Spitzenverdiener, die höhere Kapitalertrags- und Vermögenssteuern als früher von ihr veranschlagt zahlen sollten; dann von der Wall Street, die eine Finanztransaktionssteuer zu zahlen hätte; und schließlich von den Arbeitgebern, die ungefähr den Betrag pro Beschäftigte(n), den sie jetzt in Gestalt des Arbeitgeberanteils an Privatversicherer überweisen, künftig an den Staat abzuführen hätten.

Der Plan basiert im Übrigen auf äußerst optimistischen Hypothesen. Rund 7,5 Bio. US-Dollar sollen sich im Verlauf des nächsten Jahrzehnts einsparen lassen. Die Zahl setzt Einsparungsmöglichkeiten bei so gut wie allem voraus. Die Vorhaben reichen von strengerer Steuereintreibung bis hin zu einer umfassenden Immigrationsreform. Letztere würde die Zahl der Bürger vermehren, mithin mehr Steuerzahler, also mehr Einnahmen schaffen – was aber seit Reagans Zeiten im Kongress keine Mehrheit mehr findet. Ärzte und Krankenhäuser würden geringere Rückvergütungen erhalten, eine Maßnahme, mit der Warren sich zwei mächtige – und populäre – Feinde macht.

Die gänzliche Abschaffung privater Versicherungsfirmer?

Bevor sie ihren Plan vorstellte, war darüber spekuliert worden, in welchem Maße Warren darin von der Abschaffung privater Krankenversicherungen abrücken würde, um sich gegen Wahlkampfattacken von Trump und der mächtigen Lobby zu immunisieren. Stattdessen entschied sie sich – feministisch gesprochen – to „lean in“⁴: für den Willen zu führen, und forderte leidenschaftlich „Medicare for All“. Dahinter kann sie im Falle ihrer Nominierung nicht mehr zurück. Sie wird, soviel ist klar, versuchen, „M4A“ zu *dem*, zumindest aber zu einem Kernbestandteil ihrer Kampagne zu machen und so ihr Image als eine Art David des Volkes, der sich Amerikas „Goliaths“, den Konzernriesen, kraftvoll entgegenstellt, zu festigen.

Sie wird den Wählern sagen: Ihr werdet keinen Penny mehr für Gesundheitsdienste zahlen müssen, egal welche, und die großen Versicherungskonzerne werden keine Milliardenprofite mehr einstreichen können. Es könnte – wer weiß – tatsächlich funktionieren. Anhänger der Linken halten die Zeit für reif, das zu tun, worauf Amerika ihrer Meinung nach seit langem wartet: Es müsste nur jemand kommen – und sowohl Warren als auch Sanders könnten dieser Jemand sein –, der diesen Kampf moralisch begründet und vorbehaltlos aufnimmt, dann würde das ganze Land mitmachen. Andere, stärker am Mainstream orientierte Linke sehen gewaltige Risiken. Ein angesehener linker Gesundheitsexperte, Harold Pollack von der University of Chicago,

4 „Lean In“ heißt ein Buch von Sheryl Sandberg, Chief Operating Officer von Facebook, mit dem Untertitel „Women, Work and the Will to Lead“ („Frauen, Arbeit und der Wille zu führen“), erschienen 2013.

twitterte am Tag, an dem Warren ihren Plan vorstellte: „M4A mit aller Härte durchsetzen zu wollen, ist für Demokraten ein furchtbarer Fehler. Für einen Vorschlag à la Warren oder Sanders würden sich im Senat keine 20 Stimmen finden. Es wäre, wo es uns doch darum geht, Präsident Trump los zu werden, eine enorme Gefährdung des Wahlkampfs. Dabei gibt es so viele andere Möglichkeiten, den Menschen zu helfen, die viel populärer und machbarer sind.“

Medicare for All – im strengen Sinn, also mit der gänzlichen Abschaffung privater Versicherungsfirmer, zu der sich nicht einmal Kanada oder Großbritannien entschlossen haben – ist zur Nagelprobe des beginnenden Wahlkampfs geworden. Biden lehnt M4A ab, ebenso wie alle anderen ernst zu nehmenden Bewerber. Andererseits findet das Konzept auf der Linken seit Anfang der 1990er Jahre zusehends Anhänger. Meinem Eindruck nach sind allerdings andere Themen mindestens ebenso wichtig und dabei weniger kontrovers. Eine Anhebung der Mittelschichtinkommen beispielsweise wäre äußerst dringlich und unzweifelhaft populär. Aber der Gedanke hat keine organisierte Aktivisten-Basis. Alles dreht sich – wohl oder übel – um M4A.

Das Impeachment-Verfahren: Es braucht klare und dramatische Beweise

Unterdessen schleppt sich das surrealistische Impeachment-Drama dahin. Das Repräsentantenhaus dürfte noch vor Jahresende mit ziemlicher Sicherheit einem oder mehreren Impeachment-Artikeln zustimmen und die Angelegenheit dem Senat vorlegen. Was die Republikaner im Abgeordnetenhaus sich dann als Nächstes einfallen lassen, können wir nicht vorhersehen. Leuten, die es schaffen, unter den Augen des ganzen Landes ungerührt zu verkünden, nichtöffentliche Kongressanhörungen seien unzulässig – obwohl sie doch permanent stattfinden –, ist in dieser Hinsicht fast alles zuzutrauen. Dass über die Einleitung eines Impeachment-Verfahrens abgestimmt wird, können sie allerdings nicht verhindern, und seit den Ukraine-Enthüllungen sind auch fast alle Demokraten aus *purple districts* – Wahlbezirken, die nicht fest in der Hand einer der beiden Parteien sind – mit von der Partie.

Begreiflicherweise wollen die Demokraten die Angelegenheit möglichst schnell über die Bühne bringen, aber wichtiger als Tempo ist etwas anderes: Sie müssen dem amerikanischen Volk, sobald sie mit der öffentlichen Einvernahme von Zeugen beginnen, klare und dramatische Beweise präsidentiellen Fehlverhaltens unterbreiten. Mutige Leute wie die Diplomaten Bill Taylor, Kurt Volker und Alexander Vindman haben Art und Ausmaß des Trumpschen Fehlverhaltens in der Ukraine-Sache bereits eindrucksvoll bezeugt.

Schon was wir bislang wissen, ist eindeutig *impeachable*. Über die Hälfte der Amerikaner stimmt dem in den meisten Umfragen zu. Es wird aber mit Sicherheit noch mehr herauskommen. Dass Trumps Druckausübung auf die Ukraine nur ein Fehltritt und sein Verhalten ansonsten untadelig war, ist kaum anzunehmen. So gut wie sicher hat er gegen die *emoluments clause* der US-Verfassung über ausländische Nebeneinkünfte von Amtsträgern verstoßen, wahrscheinlich sogar ganz ungeniert. So gut wie sicher ist auch, dass er

den Familienkonzern *The Trump Organization* persönlich weiterführt, wenn nicht der Form, so der Sache nach, obwohl er das Gegenteil angekündigt hatte. Ich bin zuversichtlich, dass die Ermittler der Demokraten im Repräsentantenhaus hier jeden Stein umdrehen werden.

Amtierende und ehemalige Regierungsvertreter, die es abgelehnt haben, vor dem Kongress zu erscheinen, könnten gerichtlich zur Aussage verpflichtet werden. Die Schlüsselfigur ist hier der frühere Berater des Weißen Hauses Don McGahn. Er sagte Robert Muellers Ermittlern, Trump habe ihn angewiesen, über seinen Wunsch, Mueller zu feuern, nicht die Wahrheit zu sagen. Ein klarer Fall von Justizbehinderung, auch wenn der schrecklich enttäuschende Mueller sich weigerte, es so zu nennen. Wenn McGahn gezwungen werden kann, diese Äußerung vor dem Kongress zu bestätigen, wird das ein ebenso historischer Augenblick sein wie der, als in der Watergate-Krise John Dean, der Rechtsberater Richard Nixons, eingestand, dessen „Präsidentschaft [sei] vom Krebs befallen“.

Die Notwendigkeit, alle zu überzeugen

Trump könnte, anders gesagt, im November kommenden Jahres weitaus unbeliebter sein als derzeit. Ein gewisser Prozentsatz der Amerikaner wird weiter zu ihm halten, egal was geschieht. Aber ein beträchtlicher Brocken dürfte aus seinem 40-Prozent-Block herausbrechen, wenn es genügend Beweise für seine Amtsuntauglichkeit gibt, insbesondere dann, wenn die kleinen Risse in der republikanischen Mauer breiter und tiefer werden, was durchaus möglich erscheint. Zwar können Amtsinhaber, auch wenn ihre Zustimmungsraten im Wahljahr unter 50 Prozent liegt, noch auf eine Wiederwahl hoffen. Barack Obama etwa lag 2012, glaubt man Gallup, im ersten Halbjahr bei Mitte 40 Prozent. Aber bei Mitte 30? Von da aus noch den Sprung zum Sieg zu schaffen, scheint nahezu unmöglich.

Es könnte sich also herausstellen, dass all das Händelingen über die Aussichten der Demokraten fehl am Platze ist. Andererseits bestünde, falls sie aus 2016 etwas gelernt haben sollten, die Lektion in der Erkenntnis, welche Gefahren Selbstüberschätzung heraufbeschwört. Schließlich kommt es für die Demokraten vor allem darauf an, die Obama-Koalition wiederherzustellen. Da dürfen sie sich weder einseitig um weiße Wähler aus der Arbeiterklasse, die 2016 von Obama zu Trump wechselten, noch vorzugsweise um multiethnische und „woke“-Wählergruppen – also die in Sachen Ungerechtigkeit und Rassismus besonders Sensibilisierten – kümmern. Sie brauchen beide Gruppen. Eben darin besteht das Wesen der Koalition, welche die Demokraten trägt. Sie ist – ethnisch wie weltanschaulich – weitaus facettenreicher als die der Republikaner. Momentan sprechen beide derzeitigen Spitzenreiter der Demokraten nur einen Teil dieser Koalition an. Nominiert werden wird aber am Ende der- oder diejenige – sei es Biden, Warren oder in dieser immer noch offenen Auseinandersetzung schließlich jemand ganz anderer –, dem oder der es am besten gelingt, den jeweils anderen Teil zu überzeugen.